

presse

AG Aufbau Ost

Aufarbeitung des SED-Unrechts bleibt gesellschaftliche Aufgabe

*Zur morgigen abschließenden Beratung des "Dritten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR" erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Aufbau Ost der SPD-Bundestagsfraktion, **Andrea Wicklein**:*

Mit dem Dritten Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR wird die Lage tausender Opfer spürbar verbessert.

Erstmals kommt es für mehr als 40.000 Opfer zu einer dauerhaften Zahlung von monatlich 250 Euro. Voraussetzung ist, dass die Opfer mindestens ein halbes Jahr in politischer Haft waren und heute in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind. Renten werden bei der Prüfung nicht berücksichtigt. Auch wer darüber hinaus Einkommen bis 1.035 Euro bei Alleinstehenden beziehungsweise 1.380 Euro bei Verheirateten hat, erhält die Opferpension.

Geld allein kann das erlittene Unrecht nicht ungeschehen machen. Wichtig ist, dass die SED-Opfer nicht vergessen werden. Die Erinnerung an ihren Einsatz für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie muss wach bleiben. Wir brauchen eine gesellschaftliche Kultur der Aufarbeitung, Würdigung und Anerkennung.

Experten bescheinigen unseren Schulen, dass die Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Unterricht zu kurz kommt. Laut einer Studie des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin glauben 40 Prozent der Ostberliner Schüler, dass die Stasi ein Geheimdienst wie jeder andere auch war. Diese Befunde sind Besorgnis erregend. Die Schüler müssen mehr über die DDR-Geschichte erfahren,

Gedenkstätten besuchen und mit Zeitzeugen sprechen. Die Geschichte der DDR muss fest in den Schulen verankert sein.

Bereits mit dem 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz 1992 und 1994 hat sich der Deutsche Bundestag deutlich zu seiner Verantwortung für die SED-Opfer bekannt. Zusätzlich ist die Opferpension notwendig geworden. Denn es hat sich gezeigt, dass viele Opfer dauerhaft unter der staatlichen DDR-Willkür leiden. Es gab sehr viele, die nach Verfolgung und Haft nicht mehr in der Lage waren, dauerhaft zu arbeiten und damit entsprechende Rentenansprüche zu erwerben.